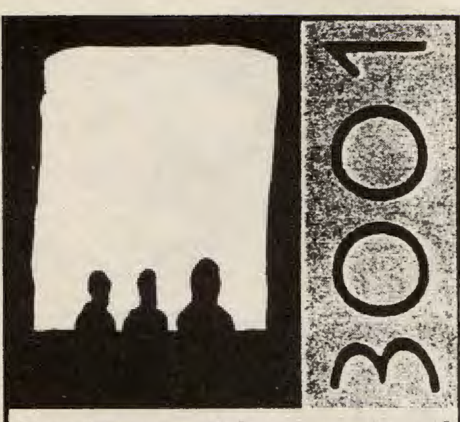


NUN GUT.

ICH FÜRCHTE, ES IST NOCH NICHT VORBEI.

nummer 63/10/97 ⊂ vereinspostille aus der roten flora ⊃ unentgeltlich



Das Kino im Schanzenviertel

Die Filme des cubanischen Regisseurs Tomás Gutiérrez Ales, 5.-18. Juni im 3001-Kino

Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze







Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungshaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung (Vollwert, vegetarisch, vegan)
- Übernachtung 15,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen
- großer Innenhof

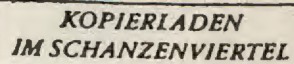
Eröffnung Ostern 1997
Voranmeldung ab sofort

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Wustrow OT Lensian
Telefon+Fax: 05843/241
e-mail: kulturverein schwarzer-hahn@metronet.de



★★★

Für alle FreundInnen der Roten Flora gibt es Sonderpreise für 1997





SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00



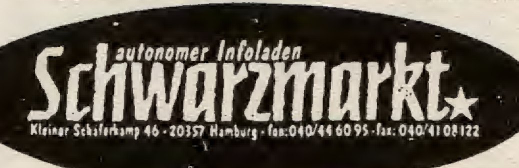
Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
- Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
- Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen



Öffnungszeiten:
Mo., Mi. und Fr. 14-19.30 Uhr
FrauenLesbentag Do 16-19 Uhr
Sa 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

ständige termine in der flora:

Montag: 17-21 Uhr Cafe, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 19:30 Uhr veganes Essen. *Dienstag:* 16-? Uhr Dubcafe, 18 Uhr Veranstaltungsgruppe. *Mittwoch:* 16:30-? Uhr Cafe mit Kuchen. *Donnerstag:* 17-21 Uhr Cafe, 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe, 19:30 veganes oder vegetarisches Essen. *Samstag:* 11-15 Uhr Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe. *Sonntag:* jeden 1. und 3. im Monat ab 12 Uhr Frauenfrühstück.

archiv der sozialen bewegungen und foto archiv: Do 16-19 Uhr (Ludwigstraße 13, 1. Stock)

Inhalt:

[Vorwort]

Dufte Demo und Voscherau weg - wer von uns hätte gedacht, daß ein Wahlkampf solch positive Folgeerscheinungen zeitigen kann. Hoffentlich verschwinden jetzt auch endlich die Wahlplakate von den Straßen - mensch ist ja mit dem Zertreten auch gar nicht mehr nachgekommen. Besonderes Augenmerk möchten wir diesen Monat auf die Filmreihe des 3001 zum Thema 20 Jahre deutscher Herbst richten, welche unserer Meinung nach sehr interessante Filmbeiträge enthält.
Ansonsten ist die Zeitung diesen Monat wieder recht ansehnlich geworden (*klopf schulter!*) Es gibt einen Text zur bereits erwähnten Filmreihe, einen Text zur Verschärung des Schengener Abkommens sowie einen Beitrag mit antifaschistischen Nachrichten aus dem Hamburger Umland. Ein Schwerpunkt der Ausgabe liegt aber sicherlich auf den beiden Diskussionsbeiträgen zur nicht stattgefundenen Aktion von IZI, die sich auf den Text "Das Phantom in der Flora" aus der letzten Ausgabe beziehen. Und da wir schon in der Flora sind, gibt es noch einen Beitrag zur aktuellen Strukturkriese des Orgarates, der zwei Flora-VV'en ankündigt: Am 8.10. zur Strukturkrise und am 22.10. zu der immer weiter umsichgreifenden repressiven Bürgerwehrstimmung im Schanzenviertel anläßlich des Umganges mit Drogen im eigenen Vorgarten.

⇒versuchter Brandanschlag an der Flora⇐

In der Nacht vor der Wahl vom 20. auf den 21. September wurde versucht hinter der Flora Feuer zu legen. Ein größeres Ausbreiten des Feuers konnte jedoch verhindert werden.



Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Ordner :

Im Ordner finden sich diesen Monat:
- DKP - Wahlkampf mit Teddy Thälmann (TIP ! - erreichte uns zur letzten Ausgabe leider zu spät, ist nach der Wahl auch nicht mehr aktuell, lohnt sich aber !!!)
- Erklärung zu einem Prozeß gegen Gentechnik-KritikerInnen in Aachen
- Namensliste der KandidatInnen von DVU, NPD, DP, BfB, Deutsche Konservative, REP zur Bürgerschaftswahl

Interim-Sondernummer

"Best of interim" erschienen. Dies sei hier allen als weiterer Tip an's Herz gelegt. Eine Rezension haben wir nicht geschafft. Dazu haben wir die fertig gelayoutete Anzeige auch noch verschlammt. Die kommt dann im nächsten Monat...

Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Peter Meyer, Bernadottestr.38 22765 Hamburg

Herbstaktionstag in Ahaus am Samstag, den 18.10.97

Im Herbst soll der nächste Castor-Transport vom AKW Neckarwestheim nach Ahaus rollen. Ahaus wird in den Kreisen der Betreiber und Politiker als widerstandsfreie Alternative zu Gorleben gehandelt. Um zu zeigen, daß dem nicht so ist und um den Castor-Transport zu verhindern, bevor er losfährt, gilt es disem vielfältigen Widerstand mit unterschiedlichsten Aktionsformen entlang der gesamten Strecke entgegenzusetzen.
Wir werden uns weder von den Politikern, von der Justiz oder von den Medien spalten lassen. Der Schienenaktionstag soll der "Testfall" für den Tag X sein - überlegt euch was dazu!
Der Castor kommt nicht durch - nicht nach Ahaus und auch sonst nirgendwohin!
Für einen breiten und vielfältigen Widerstand !

Autonomes Zentrum Heidelberg gekündigt (Sauerei) !!

Der im November letzten Jahres ausgehandelte Vertrag läuft zum 31.10.97 aus. Die Stadt hat zu diesem Termin endgültig gekündigt und auch gleichzeitig einen Räumungstitel erwirkt, gegen den keinerlei juristischer Einspruch möglich ist.
Nach wie vor ist das AZ der einzige unkommerzielle selbstverwaltete Veranstaltungsort in Heidelberg und im gesamten Rhein-Neckar-Raum - ein Treffpunkt für politisch und kulturell arbeitende Gruppen und für unterschiedliche Veranstaltungen. Die Zukunft des AZ ist nicht eine Vertragsverlängerung, sondern einzig ein neues Gebäude, das langfristig zur Verfügung gestellt wird.

Keine Räumung ohne gleichwertigen Ersatz !!!

KEIN TAG OHNE AUTONOMES ZENTRUM !!!

Deshalb: Aktionswoche unter dem Motto: *"Mit uns in die Zukunft - AZ bleibt !"* vom 20. - 26.10
Am Samstag den 25.10. bundesweite Demo für den Erhalt des AZ in Heidelberg

Der Prozeß gegen den Buchladen in der Osterstraße

Eine neue Runde im Prozeß gegen den Buchladen Osterstraße wegen dem Verkauf der Interim 399 ist durch die Berliner Staatsanwaltschaft eingeläutet worden. Obwohl sie selber Freispruch gefordert hatte, legte sie jetzt Revision gegen das Urteil ein. Der Geschäftsführer des Buchladens war am 12.8.97 von dem Vorwurf der Aufforderungen zu Straftaten freigesprochen worden *(Zeck berichtete)*.

AntiVisionen

Vom 10. - 12. Oktober findet im Bremer Congress-Centrum zum vierten Mal der Esoterik-Kongress "Visionen menschlicher Zukunft" statt. Das Bündniss AntiVisionen will eine Gegenöffentlichkeit zum Kongress herstellen und die kritische Diskussion innerhalb der Linken über Esoterik vertiefen. Vom 10. - 12. Oktober sind verschiedene Infoveranstaltungen und Workshops geplant:

Fr. 10.10.97 Schlachthof (Magazinboden) 20.30 Uhr:

Infos zur Bremer Esoterikszene und Filmabend

Samstag 11.10.97 Schlachthof und Büro der Falken (Findorfstr.) 12.00 Uhr: Workshop mit Arbeitsgruppen:

1. Frauenbilder im New-Age (für Frauen)
2. Eine Linke und das Spannungsfeld von Selbst- und Gesellschaftsveränderungen und was Esoterik damit zu tun hat.
3. Ökologisches Denken als Eintrittskarte in's New-Age
4. Schnittstelle Vlotho - Esoterische Rechte und antifaschistische Arbeit
5. Die "mythopoetische Männerbewegung", Esoterik mit geschlechtsspezifischem Ansatz
6. AG zu antifaschistischer Politik und der Auseinandersetzung mit Esoterik

So. 12.10.97 Schlachthof 12.00 Uhr: Abschlußplenum zur Auswertung der Gegenveranstaltung und den Perspektiven linker Politik gegen die Esoterikbewegung

Rote Hilfe Cafe - Veranstaltungen zu 20 Jahren deutscher Herbst

15.10.97: Kriegszustand

Anhand der damaligen Diskussion um den Kriegsgefangenenstatus, anhand der im Stammheimer Prozeß gestellten "Vietnam-Beweisanträge" und der "counterinsurgency" genannten Aufstandsbekämpfungsprogramme wird deutlich, in welchem (weltpolitisch-kriegerisch-militärischem) Zusammenhang sowohl die Guerilla als auch der Staat die damaligen Kämpfe stehen sahen.

29.10.97: Vernichtungshaft

Die Anwendung sensorischer Deprivation (sog. "weißer Folter") durch Isolationshaft, die Zwangsernährung im Zusammenhang mit den Hungerstreiks, sowie die Gefangenen, die (schon vor 76/77) im Knast zu Tode kamen, lassen darauf schließen, daß der Staat das Ziel verfolgt, Gefangene aus der Guerilla persönlich und politisch zu brechen oder, wo dies nicht möglich erscheint, sie zu vernichten.

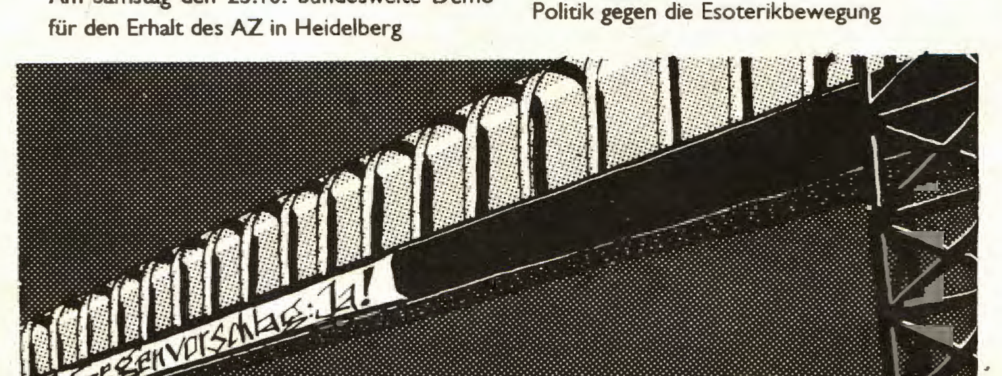
12.11.97 Staatsstreich

Mit Sondergesetzen, Sondergerichten, Verteidigerausschlüssen, Kronzeugen und befangenen Richtern wurde vor und während des gesamten Stammheimer Prozesses Recht geändert, gebeugt und gebrochen - mit der Anwendung von grenzen- und schrankenlosen totalen Staatsermächtigungsnormen (bei der "Abhöraffäre" und der "Kontaktsperre") wurde das Recht vollends abgeschafft und der Krisenstab hat quasi geputscht.

Alle Veranstaltungen immer Mittwochs um 20.15 Uhr in der B5, Brigittenstr. 5.

Fluchtzeiten

Ausstellung vom 10. Oktober bis 7. November
Im Rahmen des Projektes "Fluchtzeiten - Kein Mensch ist illegal" findet in der Bremer Galerie Cornelius Hertz eine Ausstellung mit Arbeiten von 7 internationalen KünstlerInnen statt. Gezeigt werden Malerei, Installationen, Dokumentationen, Foto und Video. Sowohl der Galerist als auch die beteiligten KünstlerInnen sehen diese Austellung wie das Projekt "Fluchtzeiten" insgesamt als ein Zeichen in internationalem Zusammenhang aktueller politischer Kunstkonzeptionen wie auch als Teil des antirassistischen- und Flüchtlingswiderstandes in Bremen und europaweit gegen die restriktive Asylpolitik, die immer repressiver und technokratischer organisiert wird.



Phantomschmerz Antirassismus

Zu den Papieren „Das Phantom in der Flora" und „Überall Phantome"

I. Selbstorganisation unterstützen?

Die von MigrantInnen formulierte Parole der Selbstorganisation ist in der Auseinandersetzung mit der Dominanz, der Ignoranz und dem Rassismus der weißen deutschen GenossInnen entstanden.

Wenn von deutscher Seite die Forderung nach Selbstorganisation von MigrantInnen erhoben wird, ist das etwas grundlegend anderes. Was zunächst erstmal antirassistisch und sensibel klingt, birgt zumindest die Gefahr von Ausgrenzung und einer Ethnisierung der eigenen Politik.

Die Interessengemeinschaft der Flüchtlinge (IZI) hat sich nicht an das Flora-Umfeld gewandt, um Unterstützung in der Frage zu finden, wie sie die eigene Organisierung verbessern können, sondern um von Menschen mit einer wenigstens theoretisch antirassistischen Haltung eine entsprechende Praxis zu den anlaufenden Massenabschiebungen einzufordern.

Sie haben deutlich gemacht, daß sie auf der Suche nach BündnispartnerInnen sind, mit denen sie eine gemeinsame Politik gegen die Abschiebungen entwickeln wollen.

Hier fing das Dilemma an. Der Wunsch der Flüchtlinge, eine gemeinsame Politik zu entwickeln, stand dem Wunsch einigen aus dem AGA, die Selbstorganisation der Flüchtlinge zu unterstützen (d.h. bloß unterstützend tätig zu werden und keine eigenständige Politik zu formulieren), teilweise entgegen.

Es geht uns an dieser Stelle keinesfalls darum, das Ziel eines konstruktiven Umgangs mit strukturellen Unterschieden zu denunzieren. Ein Teil eines solchen Umgangs ist sicherlich auch der Entschluß, Gruppenprozessen und Entscheidungen unter den Flüchtlingen nicht vorzugreifen.

Dennoch wurden wir den Eindruck nicht los, daß eine derartige Argumentation des öfteren auch vorgeschoben wurde, um die eigen

hinter der Forderung nach Selbstorganisation mehr stand als der wohlklingende Versuch, sich rauszuziehen und die eigene Bequemlichkeit und Konzeptlosigkeit zu bemänteln.

Deshalb finden wir es wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß

1. Die Unterstützung der Selbstorganisation keine eigene antirassistische Praxis ersetzen kann und
2. die eigenen Vorstellungen einer gelungenen Selbstorganisation nicht anderen Leuten übergestülpt werden sollten.

Vielleicht wäre unser Eindruck ein anderer gewesen, wenn die Forderung nach Selbstorganisation nicht ständig als Abwehrhaltung gegen eigene Aktivitäten formuliert worden wäre. An einer Diskussion über die beste Form der aktiven Unterstützung



organisierter MigrantInnen sind wir sehr interessiert.

Für uns bedeutet eine antirassistische Politik in der Tat, daß wir „notfalls auch mal selbst organisieren", insbesondere dann, wenn dies ausdrücklich von MigrantInnen gewünscht wird. Auch denken wir nicht~ daß eine eigenständige Positionierung eine Vereinnahmung von MigrantInnen bedeutet. Für uns sind eigenständige Positionen Voraussetzung für -gegenseitige - Nachfragen und Kritik ebenso wie für eine verläßliche Zusammenarbeit.

Zu dem Zeitpunkt, als deutlich wurde, daß IZI das vom AGA gewünschte Konzept nicht ausarbeiten wurde, wollten Teile des AGA die Vorbereitung weiterführen, in dem versucht werden sollte, Angebote oder Vorschläge an IZI zu machen, um die Aktion zu konkretisieren und die Zusammenarbeit zwischen IZI und AGA voranzutreiben. Demgegenüber stand die Position, daß allein IZI das Konzept formulieren müßte, da keine StellvertreterInnenpolitik betrieben werden dürfe. Konkret bedeutete dieses Harren auf ein Konzept von IZI, gar nichts zu tun und die Flüchtlinge sich selbst zu überlassen.

Einerseits ging der Wunsch, die Selbstorgarnsation der Flüchtlinge zu unterstützen, so weit, im Zweifel und entgegen der anderslautenden Aufforderung seitens der Flüchtlinge lieber untätig zu bleiben. Andererseits wurde sich dann, wenn die Beschlüsse von IZI nicht in den eigenen Kram paßten, ganz rausgezogen, z.B. bei der von IZI initiierten Demo am 28.6. Ein solches Herangehen zeugt für uns nicht eben von einer glaubwürdigen Politik, denn gerade, wenn es Leute unter der Parole „Selbstorganisation unterstützen" schon ablehnen, eine eigenständige Politik zu formulieren~ müßten sie eigentlich die der Flüchtlinge mittragen.

II. Schutzräume erkämpfen?

Das Maximalziel hinter IZI's Idee, einen Raum zu schaffen, in dem sich Menschen öffentlich sichtbar ihrer Abschiebung widersetzen, war immer, Abschiebungen konkret zu verhindern. Es ging also von Anfang an ganz klar darum, den Kampf um einen Schutzraum zumindest aufzunehmen.

Das Wort "Schutzraum" wurde für viele aus dem AGA binnen kürzester Zeit zum Reizwort. Es wurde argumentiert, daß die Verwendung dieses Wortes bei Flüchtlingen falsche Vorstellungen wecken könnte, da niemand von uns in der Lage wäre, Schutz zu garantieren. Dies ist natürlich richtig. Dennoch ist es eine interessante Frage, warum sich das zermürbende und eine gemeinsame Entwicklung enorm hemmende Ritual entwickelt, bei jedem Plenum den Leuten von IZI mindestens einmal auf's Neue zu erklären, daß wir wirklich keinen Schutz bieten können. Dabei hatten die GenossInnen von IZI schon beim zweiten Treffen glaubhaft versichert, daß sie diese Ansage kapiert hätten und so auch weitervermitteln würden. Daß eine öffentlich sichtbare Unterbringung die Gefahr einer Eskaltion von staatlicher Seite einschließt und die Aktion von Flüchtlingen getragen werden muß, die dieses Risiko für sich in Kauf nehmen, war immmer klar.

Rückblickend würden wir vermuten, daß hinter der Tabuisierung des Wortes "Schutzraum" ebenso wie hinter der ständigen Wiederholung der Einschätzung, daß wir keinen Schutz garantieren können, eine grundlegende Ablehnung der geplanten Aktion stand, die als solche aber nicht offen formuliert wurde.

"Auf der einen Seite stellt ein solcher Raum das angestrebte Maximalziel dar, auf der anderen Seite haben wir derzeit nicht die Strukturen, den entsprechenden Schutz zu gewährleisten und sehen es als unsere

Verantwortung, dies ganz eindeutig an die Flüchtlinge zu vermitteln", scheiben einige aus der Öff-AG.
Aber was genau sollte da nun eigentlich vermittelt werden, wenn nicht die Einschätzung, daß das Maximalsziel derzeit besser nicht angestrebt werden sollte? Jede andere Position hätte bedeuten müsen, nicht bei der Vermittlung stehenzubleiben, sondern - gemeinsam - nach Wegen aus dieser Schwäche zu suchen und in ihrem Bewußtsein die bestmöglichen Schutzvorkehrungen zu treffen.
Auch die ewige Forderung an IZI, ein Konzept der geplanten Aktion zu liefern, sehen wir in Zusamenhang mit dem Unbehagen gegüber der Aktion. Wir denken, daß das Konzept der Aktion von Anfang an klar war. Es ging bei der offensiven Unterbringung von Abschiebung bedrohter Flüchtlinge in der Flora darum, einen gewissen Entscheidungsspielraum für sich der eigenen Abschiebung widersetzende Menschen zu schaffen, durch ihren sichtbaren Widerstand der wachsenden Mutlosigkeit auf Seiten vieler Flüchtlinge etwas entgegenzusetzen und eine politische Zuspitzung der Positionen zu den Abschiebungen zu erreichen. Sinn machte die geplante Aktion vor allem als Anfangspunkt, in der Hoffnung, daß die Aktion aufgegriffen und ein Widerstand gegen die Abschiebung befördert wird. Unserer Ansicht nach ist dies mehr Konzept, als die konzptlose deutsche Linke in den letzten Jahren irgendwann hatte. Von daher zielte die Forderung nach einem Konzept wohl ebenfalls eher auf eine Kritik an dem Maximalziel der Aktion. Falls unsere Vermutung stimmt, daß die eigentliche Basis des Konflikts die Einschätzung der Aktion als schlicht zu heikel war, wäre es ehrlicher und weit weniger zermürbend gewesen, hierüber eine Diskussion einzufordern oder sich aus der Umsetzung der Aktion rauszuhalten.

andere aus der Öff-AG

P.S.
Noch eine Anmerkung zum Text von Finn. Sein Vorwurf der StellvertreterInnenpolitik ist uns leider ein Rätsel geblieben. Uns ist weder klar, gegen wen sich dieser Vorwurf richtet, noch, was er bezweckt. Dürfen nur akut von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge dagegen kämpfen? Sollte sich die deutsche Linke besser gar nicht zu Abschiebungen verhalten? Welche Art der antirassistischen Praxis bevorzugt Finn?
Auch hier folgt wieder der Hinweis auf die zu unterstützende Selbstorganisation. Aber Vorsicht, dies gilt nicht für Flüchtlinge, die sich bereits organisiert haben, denn:
„Unterstützung von Selbstorganisation kann eben niemals die Unterstützung einer Organisation sein".
Also: erst Selbstorganisation fordern, dann organisierten Flüchtlingen die Unterstützung verwehren. Hier erübrigt sichja wohl jeder Kommentar.

Warten auf Godot

Oder: Die Selbstorganisation von Flüchtlingen schützt vor Eigeninitiative nicht

In der letzten Ausgabe der Zeck haben einige UnterstützerInnen der IZI-Aktion gegen die Massenabschiebungen ins ehemalige Jugoslawien in der Flora mit dem Text *„Das Phantom in der Flora"* den Versuch unternommen, den zähen und letztendlich gescheiterten Prozeß für eine gemeinsame Aktion von IZI (Interessensgemeinschaft der Flüchtlinge) und linken UnterstützerInnen kritisch zu reflektieren. Reflektiert wurde dabei allerdings in erster Linie das Verhalten von IZI. Selbstreflexion und Selbstkritik der UnterstützerInnen wurde dagegen kaum geleistet.
Daß sich die AutorInnen mit Selbstkritik schwer tun, ist einem Antirassismus-Verständnis geschuldet, das auf zwei Prämissen beruht: Erstens ist die Selbstorganisierung von Flüchtlingen wichtig und eine gute Sache. Und zweitens: Linke UnterstützerInnen in Deutschland können aufgrund von *„strukturellen Unterschieden"* (kursiv gesetzte Textstellen sind Zitate) nur sehr vorsichtig in den Prozeß eingreifen, vor allem aber nur unterstützend tätig sein. Nun ist es sicherlich richtig, von einem Verständnis auszugehen, *„nicht stellvertretend für andere organisieren"* zu wollen oder, auf die konkrete Aktion bezogen, anstelle von IZI *„selber Flüchtlinge in die Flora und für die Aktion zu mobilisieren"*. Ein solcherart ***(aktiv) paternalistisches Verhalten*** wird richtigerweise kritisiert und ist grundsätzlich abzulehnen.
Problematisch ist allerdings auch die Position der AutorInnen, *„daß die konkrete Ausgestaltung der Aktion die Sache von IZI gewesen wäre"* und die Entwicklung des gemeinsamen Prozesses *„durch das Durchsetzen von eigenen Konzepten"* paternalistisch bestimmt worden wäre. Dies ist ein Herausstehlen aus der eigenen Verantwortung für einen gemeinsamen Prozeß. Es entsteht ein ***passiver Paternalismus***, indem auf die Aktivität und die Selbstorganisierung von Flüchtlingen gewartet wird, um diese dann unterstützen zu können. Diese Positionslosigkeit und dieses passive Verständnis von Antirassismus-Politik hat in gleicher Weise zum Scheitern der Aktion und der Diskussion beigetragen wie die unklaren Konzeptvorstellungen von IZI. Auch Finn bleibt in seinem Entgegnungspapier *„Überall Phantome"* in diesem dualistischen Denken *StellvertreterInnenpolitik* versus *Selbstorganisierung* gefangen, wenngleich er zu der Einschätzung kommt, daß auch *„eine klare Ansage von IZI nichts geändert"* hätte. Auch er versteht die



Entwicklung einer gemeinsamen Aktion nicht als gleichberechtigten Dialog oder Ringen um eine Annäherung von Positionen, sondern entweder als *Organisierung für* irgendeine Gruppe oder als *Unterstützung von* Interessen irgendeiner Gruppe.
Das Interesse von Flüchtlingen, sich ihrer Abschiebung zu widersetzen, verdient unsere volle Unterstützung. Antirassistische Politik der Linken in der Bundesrepublik muß aber darüber hinaus immer selbst-aktiv bestimmt werden und auf eine Abschaffung der rassistischen Asyl- und Flüchtlingspolitik gerichtet sein.
Eine antirassistische Praxis muß deshalb aus einem Verständnis entwickelt werden, das unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Möglichkeiten nicht als Hemmschuh wahrnimmt, sondern als Chance. *„Strukturelle Unterschiede"* dürfen nicht zur eigenen Positionslosigkeit führen, vielmehr müssen wir auf einer politischen Ebene um eine Annäherung verschiedener Positionen ringen. Ein solches Verständnis bedeutet eine Absage an aktiven wie an passiven Paternalismus. Dies ist gleichermaßen auch die Voraussetzung für eine antirassistische Praxis und eine linke Diskussion, die anknüpft an Auseinandersetzungen aus den frühen 90er Jahren über Asyl- und Flüchtlingspolitik, Abschiebepraxis usw.
Eine kritische Reflexion der UnterstützerInnen, die die Schwierigkeiten des Prozesses hauptsächlich auf Seiten der Flüchtlinge ausmacht und sich somit selbst zum Opfer erklärt, trägt nicht zu einer Weiterentwicklung antirassistischer Politik bei.

gruppe demontage

1967 - 1977 - 1997

Filmreihe zu Aufbruch, Deutschem Herbst, Aneignung linker Geschichte

Übermächtig läuft derzeit eine mediale Mobilisierung ab, deren Ziel es ist, die herrschende Sicht auf den 'Deutschen Herbst' 77 als einzig mögliche und widerspruchsfreie darzustellen. Dies gilt für Heinrich Breloers scheinheilige Inszenierung seines ARD-Zweiteilers 'Todesspiel' genauso wie für den Spiegel-Aufmacher 'Herbst des Terrors' (Nr. 38 vom 15.09.1997). Fast zwanghaft zerbrechen sich Sicherheitsstrategen den Kopf darüber, wie die wehrhafte Demokratie die Techniken der Unterdrückung und Kontrolle verbessern könnte. Sind die sogenannten Anti-Terror-Gesetze noch nötig? Oder ist die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols von Links auf Dauer zerschlagen? Andere feiern 1977 als Beginn der Zivilgesellschaft, den Wiedereintritt in die bürgerliche Gesellschaft nach einer Phase der Rebellion. Eintrittskarte dafür: Distanzierung von der RAF, Bekenntnis zur BRD, keine Zweifel mehr an den sogenannten 'Selbstmorden' von Stammheim und Straubing.

Diese herrschende Sichtweise auf 20 Jahre 'Deutscher Herbst' kann nicht alles sein - und ist es auch nicht. Wenn Staatsmänner und PolitikerInnen aller Couleur die Fernsehkanäle volllabern, hilft abschalten und ins Kino gehen. Vom 3. bis zum 8. Oktober gibt es im Kino 3001 die Möglichkeit, sich Filme anzuschauen, die sich der Staatsräson entziehen.

Die Filmreihe beginnt mit der ursprünglich fürs Fernsehen gedrehten Dokumentation *Bambule* über die Verhältnisse in staatlichen geschlossenen 'Fürsorgeheimen'. Diese verschwand kurz vor der geplanten Ausstrahlung für 20 Jahre in den Fernseharchiven. Die Autorin Ulrike Meinhof, nach deren Bühnenstück-Vorlage die Dokumentation gedreht wurde, wurde nach der Befreiung von Andreas Baader plötzlich als RAF-Mitglied steckbrieflich gesucht. Diese erste Aktion der 'Roten Armee Fraktion' fand parallel zu anderen legalen wie illegalen Aktivitäten eines Aufbruches statt, in dessen revolutionärer Stimmung viele Menschen politisch aktiv waren bzw. politisiert wurden. Oder, wie es im Infoblatt zur Filmreihe heißt: *"Bilder aus dem Vietnamkrieg, vietnamesische Milizionärinnen, die einen zwei Köpfe größeren US-Bomberpiloten gefangennehmen, haben vielleicht mehr mobilisiert als linke Seminare. Spielfilme wie Queimada haben vielleicht mehr über kolonialistische Methoden vermittelt als Lenins Imperialismustheorie. Der unsichtbare Aufstand hat die Stadtguerrilla in der BRD vielleicht mehr beeinflußt als Ches Schriften. Bilder aus dem Herbst 1977 haben sich auf eine andere Art und Weise geprägt, sie stehen für staatliche Repression und Eindämmung des Aufbruches zehn Jahre zuvor."*

Die Auswahl der Filme ermöglicht es, sich einzusehen in die gesellschaftlichen Verhältnisse dieser Zeit und die Aktivitäten und Erfahrungen der Linken, gegen die im Verlauf der 70er Jahre Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Vorkontrollen bei Demos, Anti-Terror-Gesetze und Isolationshaft durchgesetzt wurden. Der Deutsche Herbst 77 war der Höhepunkt dieser Entwicklung und er hat Konsequenzen für linke Geschichte bis heute. Vor allem aber ist der 'Deutsche Herbst' mehr als nur der Mythos RAF/Stadtguerrilla.

Linke Historisierung und Mythologisierung des 'Deutschen Herbstes'

Die Reduzierung auf einen Showdown, eine Konfrontation zwischen RAF und BRD-Staat verbaut leider oft die krititische (Wieder-) Aneigung linker Geschichte seit Beginn der 70er Jahre. Neben den bewaffneten Gruppen gab es eine Vielzahl weiterer politischer Strömungen, die auf ihre Art das Gewaltmonopol und die Ordnung in Frage stellten: Versuche, soziale Bewegungen aus sich heraus durch Massenmilitanz gegen den (vermeintlichen Hauptfeind) Staat zu radikalisieren. Im Frühjahr 77 hatte es nach der von 15.000 Leuten gemeinsam militant durchgeführten Grohnde-Demo (ein einmaliges Gefühl, eine ganze Hundertschaft über die Wiesen ausbüxen zu sehen, weil die DemonstrantInnen auch Helm und Knüppel hatten...) eine offene Debatte in den staatstragenden Medien über die Vor- und Nachteile eines Verbotes der K-Gruppen gegeben. Der deutsche Herbst 1977 zeigte die Grenzen auf, die militante Anti-AKW-Bewegung wurde mit massiven Polizeieinsätzen eingeschüchtert: Die Demo vom 23.9.77 hinterließ so den 'Kalkar-Schock'. Am 18. Oktober 1977 wurden 3 GenossInnen der RAF im Stammheimer Isolationstrakt tot aufgefunden, eine überlebte schwerverletzt. Die K-Gruppen-Zeitung AK titelte dazu: "Wir glauben nicht an Selbstmord". Die revolutionäre Linke in der BRD, besonders die große Spontiszene der sogenannten undogmatischen Linken, war nach dem Deutschen Herbst 1977 zum großen Teil paralysiert. Nicht nur der RAF, auch den Spontis und K-Gruppen hatte der Staat die Machtfrage hart beantwortet. Das massive Vorgehen des Staates gegen die revolutionäre Linke war auf dem Höhepunkt: Gesinnungsüberprüfungen und Entlassungen von Linken, Denunziationen, Razzien, Bulleneinsätze gegen Demos mit MPi im Anschlag hat es in diesem massenhaften Ausmaß nach 77 nicht mehr gegeben. Jede Landkommune war damals im Visier der Fahndung. Der Polizeistaat hatte gezeigt, womit es revolutionäre Militanz in der BRD aufnehmen muß. Die radikale Linke wurde nicht nur staatlich verfolgt, sie war auch gesellschaftlich isolierbar (bis hin zu Liberalen wie Böll), kaum daß die Großfahndungen und die Hetze gegen die 'Sympathisanten des Terrors' begonnen hatte. Die Bevölkerungsmehrheit denunzierte mit, beschimpfte linke FlugblattverteilerInnen. Nicht nur die RAF war in dieser Polarisierung isoliert, sondern auch alle, die sich nicht distanzierten.

Die starke Ausrichtung der Filmreihe auf die Perspektive der bewaffneten Gruppen in den 70er Jahren spiegelt die Defizite in der innerlinken (Nicht-)Auseinandersetzung mit der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD wider. Kritik nach der Auflösung der RAF an ihrer mangelnden Reflexion und der mangelnden Aufarbeitung ihrer Geschichte gab es nur sehr vereinzelt. Der Mythos RAF ist bis heute unangetastet - die Politik(form) der RAF stand und steht kritiklos für die Politik der revolutionären Linken in den 70er Jahren. Die Geschichte von Massenmilitanz und Aktionsformen anderer linker Gruppierungen bleiben unsichtbar.

Dem entgegenzuwirken und die Wiederaneignung linker Geschichte voranzutreiben wäre Aufgabe einer Beschäftigung der Linken mit ihrer Geschichte 20 Jahre nach dem 'Deutschen Herbst'. Mit einer kritiklosen Darstellung der Ereignisse wie im Film *„Was aber wären wir für Menschen"*, dem aktuellsten Film der Filmreihe (Video von 1993), wird allein eine Mythologisierung der RAF vorangetrieben, eine kritische Aufarbeitung der Geschichte aber nicht geleistet. Die RAF bleibt im Film die revolutionäre Avantgarde, neben der es nur noch Linksliberale gibt - und den Gegner BRD-Staat. Andere Linke interessieren nicht, selbst die Bewegung 2. Juni wird nur einmal erwähnt, als es sich nicht vermeiden lässt (bei der Lorenz-Entführung). Über die RZ wird ganz geschwiegen. Warum aus den militanten Betriebs- und Häuserkampf-Spontis der hessische Realo-Flügel der Grünen wurde, ist auch keine Frage wert. Die RAF erscheint als die konsequente Umsetzung von 68, antiautoritär, versteht sich, ganz anders als die verknöcherten K-Gruppen.

Es wäre zu wünschen, daß die Filmreihe (wie auch andere Veranstaltungen) Grundlage und Anlaß für eine kritische Auseinandersetzung wird über linke revolutionäre Geschichte in den 70erJahren, die mehr war als eine Auseinandersetzung zwischen RAF und Staat.

Gaston Kirsche / Louis Papaya (gruppe demontage)

Überblick über die Filme:

Die Filmreihe 1967-1977-1997 findet statt vom 3. - 8. Oktober. Direkt im Anschluß laufen vom 9. - 15. Oktober Filme als Hommage an die bewaffneten Bewegungen in Lateinamerika, für die Che Guevara als Symbol steht. Die Filmreihe 1967 - 1977 - 1997 ist von den VeranstalterInnen offen angelegt, soll zur Diskussion anregen. Zu mehreren Filmen gibt es Einführungen und Diskussionsmöglichkeiten. Ein Faltblatt liegt im Kino 3001, Schanzenstraße 75-77, aus. Hier kurze eigene Anmerkungen. (Gaston Kirsche)

Freitag, 3. 10.
20.00: Bambule
Dokumentation über Fürsorgeheime. Nach einem Bühnenstück von Ulrike Meinhof. BRD 1970. Ca. 70 min. Mit einleitenden Worten zum Film und einem Beitrag zur Kritik der Heimerziehung.
22.30: Schlacht um Algier
Der Kampf der FLN gegen die französische Kolonialarmee. Italien/Algerien 1965. 123 min. O.m.e.U. oder deutsch.

Samstag, 4. 10.
20.00: Projekt Arthur
Die Fragen Anfang der 70er: Welche Mittel im politischen Kampf? - Gewalt und Gegengewalt. BRD 1987, 72 min. Mit ergänzenden Informationen von Klaus Viehmann zur Auseinandersetzung um den Film.
22.30: Queimada
Ein antikolonialistischer Politthriller, spannend. Italien 1969. 121 min.

Montag, 6.10.
20.00 Le Fond de l'air est rouge/Rot liegt in der Luft
Vietnam, Chile, Prager Frühling, Pariser Mai - Hoffnung und Sehnsucht nach Revolution. Dokumentarische Bilder aus der Zeit des vorerst letzten Aufbruches. Wegen der Länge von 180 min. wird der Film in zwei Teilen mit Pause gezeigt. F 1977, O.m.U.

Dienstag, 7,10.
20.00 Underground
Über die bewaffnete Gruppe Weathermen in den USA. Der Film war zum Abschwören gedacht. USA 1976, O.m.U. 87 min. Zum Hintergrund informiert Jürgen Heiser vom Solikomitee für Mumia Au-Jamal.
22.30 Deutschland im Herbst
Episodenfilm, indem 11 verschiedene linke FilmemacherInnen das Jahr 77 verarbeiten. Die beklemmende Grundstimmung der (teilweisen) Panik unter Linken angesichts der breit getragenen SympathisantInnenen-Hetze wird anschaulich. BRD 1977/78, 123 min.

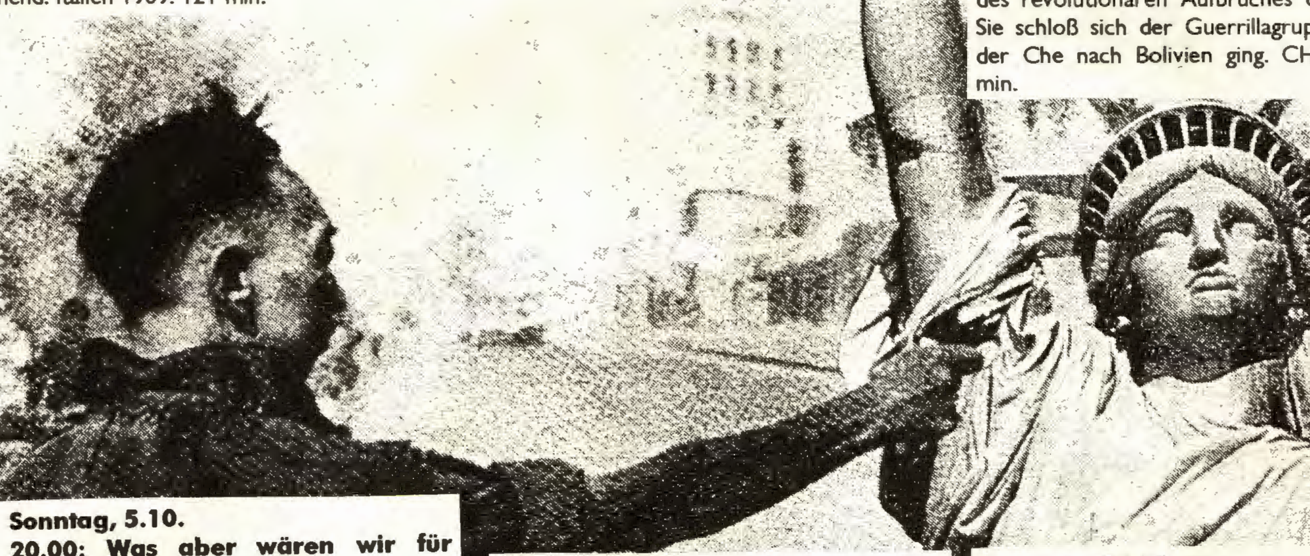
Mittwoch, 8.10.
20.00 Der unsichtbare Aufstand
Tupamaros in Uruguay entführen einen Oberfolterer.
22.30 Messer im Kopf
Ein Wissenschaftler versucht nach einer Kopfschußverletzung, sich in der Konfrontation Staatsgewalt kontra militante Bewegungen zu orientieren. BRD 1978, 113 min.

20.30 Tupamaros
Tupamaras/os Heute. Ein Knast, wo Pepe Mujica und Nato Huidobro saßen, ist ein Einkaufszentrum geworden. Lucia Topolansky und ihre Schwester führen die alten Gewehre vor. Pepe Mujica sagt über sich: Es ist einfach die Sehnsucht nach Revolution... Ein Film, der durch die Offenheit, Radikalität und Selbstreflektion der Interviewten einnimmt. BRD/CH/Uruguay 1996, 95 min.

Freitag, 10.10.
18.00 Queimada
20.30 Alberto Korda
Ein Videoportrait von Korda, dem kubanischen Fotografen. Seine Bilder vom Che und GenossInnen sind berühmt. BRD 1996, 44 min.

Samstag, 11.10.
18.00 ...und plötzlich sahen wir den Himmel
Frauenblicke aus Deutschland und Uruguay. Frauen aus der BRD drehen in Uruguay und umgekehrt. Leider legt das Video eine schematische Gleichsetzung von Tupamaro-Stadtguerrilla und RAF nahe. Die Teile über die Tupamaras sind informativ, der Konflikt um patriarchale Strukturen innerhalb der Tupamaros wird ausgesprochen. BRD/Uruguay 1994-97, 103 min.

20.30 Tanja la Guerrillera
Dokumentation über Tamara Bunke, die nach Kindheit in Argentinien in der DDR lebte, von wo sie nach Kuba ging in der Zeit des revolutionären Aufbruches dort 59/60. Sie schloß sich der Guerrillagruppe an, mit der Che nach Bolivien ging. CH 1991, 90 min.



Sonntag, 5.10.
20.00: Was aber wären wir für Menschen
Video der gruppe 2 zu Vorgeschichte und Geschichte der RAF. BRD 1993, 70 min. Ehemalige Gefangene werden anwesend sein zur Diskussion.
22.30: Der unsichtbare Aufstand
Der Film entstand in Zusammenarbeit mit Tupamaros und zeigt eine spektakuläre Aktion. F/I/BRD 1972. 121 min.

Lateinamerika, trikontinentale Revolution, 'Schafft 2,3, viele Vietnam' (Che)
Der Film geht weiter ... im Kino 3001:
Weitere Infos über die Filme könnt ihr dem Monatsprogramm des Kinos 3001 entnehmen. Hier nur kurze Hinweise.

Donnerstag, 9.10.
18.00 Queimada
Die Kolonialmacht wechselt, die Ausbeutung bleibt - gelingt die Rebellion?

Sonntag, 12.10.
18.00 ...und plötzlich sahen wir den Himmel
20.30 Tupamaros

Montag, 13.10.
20.30 Tanja la Guerrillera

Dienstag, 14.10 & Mittwoch, 15.10.
20.30 Das Bolivianische Tagebuch
Über die bolivianische Guerrilla, angelehnt an das Bolivianische Tagebuch von Che Guevara. O.m.U., CH 1994, 94 min.

Flora - was nun?was tun?

Vollversammlungen zur Krise an und in der Roten Flora

Knapp zwei Jahre nach der Auflösung des alten Flora-Plenums und der Etablierung einer neuen Entscheidungs- und Organisationsstruktur stehen wir mal wieder vor einer Krise.
Zur Erinnerung: das damals neue Strukturmodell sah vor, alle organisatorischen und inhaltlichen Fragen des alltäglichen Florabetriebs auf dem wöchentlich stattfindenden Orgarat zu diskutieren. Dieses Treffen, das sich aus Delegierten aller in der Flora regelmäßig arbeitenden Gruppen zusammensetzen soll, war als verbindliche Entscheidungsstruktur der Flora gedacht. Über alltägliche Entscheidungen hinausgehende Fragen sollten ca. einmal im Monat auf der Vollversammlung geklärt werden.
Diese Veränderung ging damit einher, immer weniger als gemeinsam handelndes politisches Projekt Positionen beziehen oder auch nur entwickeln zu können (/wollen?). Politische Arbeit (über die unmittelbare Aufrechterhaltung des Projekts Flora hinaus) wird zwar von einzelnen Gruppen und Leuten gemacht, aber nur sporadisch ins Gesamtprojekt eingebracht. Als politisch handlungsfähige Struktur oder halbwegs fester Zusammenhang von politisch aktiven Leuten ist die Flora je nach Betrachtungsweise immer weniger oder gar nicht mehr in Erscheinung getreten.
Teilweise (bzw. von einigen Flora-Aktiven) war dies so gewollt oder lediglich als Nachvollzug einer Entwicklung betrachtet worden, in der ein zentrales Flora-Gremium immer weniger für alle FloristInnen oder gar darüberhinaus sprechen konnte. Andererseits stellt sich, wie durch die KritikerInnen des neuen Modells befürchtet, durch den Rückgang des Anspruchs auf ein gemeinsam getragenes irgendwie politisches Projekt nicht nur die Frage der politischen Relevanz und Sinnhaftigkeit der Roten Flora, sondern mittlerweile auch ihrer Überlebensfähigkeit. *Wir stehen nämlich vor der paradoxen Situation, daß die Flora zwar immer noch subkulturell und (bei großzügiger Definition) politisch voller Leben, als gemeinsames Projekt aber komplett ausgehöhlt ist.*
Schon seit längerem laufen die Reststrukturen leer. Treffen fallen wiederholt aus, die Beteiligung an wichtigen Diskussionen nimmt kontinuierlich ab, selbst auf Vollversammlungen kommen kaum Leute, und erstrecht nur wenige, die nicht direkt zu festen Floragruppen gehören. Der Anspruch auf ein gemeinsames Projekt, aber auch die Übernahme unabwendbarer praktischer Aufgaben, die über ganz direkte Gruppenzuständigkeiten und -interessen hinausgehen, wird nur noch von wenigen Einzelpersonen wirklich getragen. Während des üblichen Sommerlochs gab es dieses Jahr über mehrere Wochen hinweg faktisch eine komplette Entscheidungs- und Handlungsunfähigkeit selbst bei einfachsten Dingen.
Die Gründe dafür dürften vielfältig sein, je nachdem, ob wir auf „uns“, die Szene oder die Gesellschaft schauen. Perspektiven werden zur Zeit kaum formuliert, und wenn es so weiterläuft wie bisher, dann gibt es wohl auch keine!
Also: Nachdenken, Diskutieren und das Beschreiten neuer Wege stehen dringend an. Und das betrifft nun wirklich nicht nur die Floragruppen, sondern die Szene (bzw. wohl inzwischen mehrere Szenen) insgesamt. Das übliche Muster, „der Flora“ von außen alle möglichen Eigenschaften, Fehler und Unzulänglichkeiten zuzuschreiben, hat keine realistische Grundlage mehr. Wen soll eine Kritik an „der Flora“ treffen, außer den paar Leuten, die sich noch für die Flora insgesamt verantwortlich fühlen und damit eh schon überfordert sind? Stattdessen müßten wieder mehr Menschen, die ein Interesse an der Flora haben, aber sich als außenstehend betrachten, die Flora in irgend einer Form zu ihrer Sache machen. Da das schon oft gesagt wurde und genauso oft verhallt ist, muß die Flora gleichzeitig aktiver nach außen geöffnet und wieder mehr Informationen vermittelt werden. Während für uns das „innen“ dieses Projekts sich zunehmend auflöst, wirkt es nach außen wahrscheinlich wie eh und je abgeriegelt.

Also: Wie wollen wir in Zukunft mit der Flora als politischem Raum umgehen und wer/ welche werden sie tragen?
Dafür gibt es eine Vollversammlung (zur Erinnerung: Vollversammlungen sind nicht nur für die regelmäßig in der Flora Aktiven, sondern für Alle, die sich in *irgendeiner* Form diesem Projekt verbunden fühlen) am **Mittwoch, 8. Oktober, 19 Uhr in der Flora.**
Die Folgen fehlender politischer Handlungsfähigkeit fallen der Flora beim Themenkomplex Drogen/ Dealer/ Schanzenpark/ Rassismus/ „innere Sicherheit“ jetzt wahrscheinlich selber auf die Füße. Im Viertel hat sich über Monate eine (massiv von verschiedenen Seiten geschürte) Bürgerwehrstimmung ausgebreitet. An den wenigen Aktionen, die dem von linker Seite entgegengesetzt wurden, waren Gruppen oder Leute aus der Flora zwar öfter mehr oder weniger stark beteiligt. Organisierte politische Interventionen im Namen der Flora gab es jedoch nicht und konnte es auch nicht geben.
Jetzt scheint die Flora aus zwei Gründen selber zum Ziel der aggressiven Stimmung im Viertel zu werden.
Erstens hat die Vertreibung (polizeiliche Aufenthaltsverbote und Aggressionen von BürgerInnen bis hin zu massiven Handgreiflichkeiten) von DrogenkonsumentInnen und angeblichen Dealern, dazu geführt, daß beide Gruppen sich zunehmend um die Flora herum aufhalten. Dadurch wird die Flora einerseits von außen unter Druck geraten (durch AnwohnerInnnen, Polizei, Medien und PolitikerInnen), teilweise ist das jetzt schon so. Andererseits müssen wir selber einen Umgang mit der Situation finden. Selbstverständlich werden wir hier keine/n vertreiben, aber einen Schutz oder Hilfe irgendwelcher Art zu bieten und persönlich überhaupt mit dieser Situation klarzukommen, überfordert uns als Einzelpersonen maßlos.
Zweitens werden politische Aktionen wie die „Informationstage gegen Rassismus, Vertreibung und Ausgrenzung“ im September umstandslos der Roten Flora zugeschrieben, was (leider) nur ganz am Rande stimmt. Auf dem unsäglichen „Wir bauen eine Schanze gegen Dealer“- Umzug der „BI Susanne Bartels“ wurde von zwei jung-dynamischen SPD-Ärschen ein Flugblatt verteilt, das den möglichen Tenor der folgenden Anfeindungen vorgibt: *die Rote Flora schützt die Dealer* - für einige wohl das schlimmste zur Zeit vorstellbare Verbrechen.
In den beiden folgenden Nächten sind hinter der Flora DrogenkonsumentInnen (bzw. Menschen, die dafür gehalten wurden) überfallen und ausgeraubt worden und beide Male wurde Feuer an die Flora gelegt. Solche Übergriffe hat es in den letzten zwei Jahren schon öfter gegeben, jetzt ist aber eine weitere Eskalation zu befürchten, in der „die Flora“ erstens endlich entschieden Stellung beziehen und handeln müßte und zweitens sich massiv um ihren Selbstschutz kümmern muß.
Zur Zeit manifestieren sich im Schanzenviertel wie vielleicht noch nie zuvor die Folgen gesellschaftlicher Spaltungen und eines umfassenden politischen Trends nach rechts, was dringendst nach einem erneuerten Verständnis der Notwendigkeit von Stadtteilpolitik verlangt. Negativ betrachtet kann die Flora als politisches Projekt endgültig einpacken, wenn sie auch in dieser Situation nicht reagiert und dabei auch noch alleingelassen wird. Positiv betrachtet besteht von der Flora aus die Möglichkeit einzugreifen und die Stimmung im Viertel zu beeinflussen. Es gibt bereits ansatzweise Kontakte zum Fixstern, zu einzelnen KonsumentInnen und zu AnwohnerInnen, ein Umgang mit der Situation muß aber von mehr Leuten in und um die Flora gefunden und getragen werden.
Deshalb gibt es auch dazu eine Vollversammlung, am:
22. Oktober, um 19 Uhr in der Flora.
Zu beiden Vollversammlungen erwarten wir natürlich zahlreiches Erscheinen und auch der ein oder andere schriftliche Beitrag zu diesen Themen würde unsere Vereinspostille und ihre treue LeserInnenschaft bestimmt erfreuen...

der Orgarat

Henstedt-Ulzburg huldigt NS-Verbrecher

Linkes Bündniss mobilisiert gegen reaktionäres "Heldengedenken"

Auch anläßlich des diesjährigen Volkstrauertages am 16. November werden sich in Henstedt-Ulzburg wieder einige Dutzend - vor allem "christdemokratische" - PolitikerInnen zum üblichen "Heldengedenken" an die Kriegsgräberstätten der Gemeinden begeben. Doch was an diesem Tag bundesweit in hunderten Gemeinden an Geschichtsklitterung und -verfälschung zelebriert wird, hat in Henstedt-Ulzburg nocheinmal eine deftigere Note, wie ein linkes Bündniss aus Ulzburger JuSos, Sozialem Zentrum Norderstedt und VVN/BdA deutlich macht.

Bis vor zwei Jahren waren bürgterliche Revanchisten und Konservative am Volkstrauertag in Ulzburg noch weitestgehend unter sich, doch seit 1995 haben auch die starken örtlichen Neonazi-Strukturen erkannt, welche inhaltliche Nähe ihre Positionen zum Prozedere des Volkstrauertages aufweisen und versuchen, den Tag mit ihren Positionen zu besetzen. Seit zwei Jahren legen die NL-nahen Faschisten der "Patriotischen Jugend" und des "Bund für Gesamtdeutschland" um Andre Schwelling am "Heldengedenktag" Kränze für "unsere gefallenen Helden" am Ehrenmal der Henstedter Kirche nieder, während sich die bürgerlich Gedenkenden dort zum Gottesdienst treffen. Zwar empörte sich im letzten Jahr Bürgermeister *Volker Dornquast* - regelmäßiger Teilnehmer der Veranstaltung - öffentlich über die Aktion der Nazis und entfernte höchstpersönlich deren Kranz, inhaltliche Unterschiede zur "Patriotischen Jugend" konnte er jedoch nicht so recht deutlich machen.

Während der Volkstrauertag im Ortsteil Henstedt aber ansonsten vergleichsweise moderat über die Bühne geht, ist man wenig später in Ulzburg mit einem anderen Bild konfrontiert. Dort versammelt sich die Schar auf dem gemeindeeigenen Beckersberggelände in einer Umgebeung die deutlicher die Gesinnung der TeilnehmerInnen kaum zeigen könnte. Der Beckersberg und das umliegende Gelände war ab 1936 vom Ulzburger NSDAP-Bürgermeister *Heinrich Petersen* schrittweise zu einer NS-Kultstätte umgebaut worden, an deren markantestem Punkt eine mit Hakenkreuz sowie der Aufschrift "Deutsche Schicksalswende 1933" versehene Steinpyramide errichtet wurde. Die heutigen Gedenkveranstaltungen finden derweil im einzigen noch erhaltenen Teil dieser NS-Anlage statt. Nach einer Versammlung am nahe gelgenen Bürgerhaus marschieren die TeilnehmerInnen durch eine bewaldete Kultstätte "nach altgermanischem Vorbild", vorbei an einem zentralen Stein mit der Aufschrift "Es wirkt das Blut als heilge Saat, aus Gräbern wächst die Kraft zur Tat" und strömen schließlich auf eine Lichtung, die von Gedenksteinen, mit weiteren reaktionären, militaristischen Insignien eingerahmt ist. Dabei gesellen sich festlich und zeitlich passend zum Ort kostümierte Mitglieder des Henstedt-Ulzburger Schützenvereins, sowie Mitglieder der örtlichen Feuerwehr dazu, die an diesem Tag ebenfalls in " die alten" Uniformen schlüpfen. Vor der eigentlichen Kriegsgräberstätte auf dieser Lichtung - die auch das ganze Jahr über mit frischen Kränzen geschmückt ist - wird dann das (Helden-) Gedenken zelebriert. Zwar wird auch hier schwammig "allen" Opfern von Krieg- und Gewaltherrschaft gedacht, dabei spielen allerdings die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus keine Rolle - sie werden schlicht nicht benannt. Es waren eben "alle" Opfer der "Bestie Krieg", die ausgebrochen ist, von niemandem verschuldet und von niemandem gewollt. Da spielt es dann auch keine Rolle mehr, daß gerade in Schleswig-Holstein, insbesondere im Kreis Segeberg und ganz besonders in der Region Ulzburg/ Kaltenkirchen die Natinalsozialisten schon 1930 die Macht quasi übernommen hatten, herbeigesehnt und begrüßt vom größten Teil der Bevölkerung, gefördert von nahezu allen offiziellen Institutionen, wie Schulen, Sport-, Schützen-, Frauen-, Krieger- oder Konsumvereinen.

Daß die Spitze der Henstedt-Ulzburger CDU, inklusive Bürgermeister Dornquast, der größte (Bau-) Unternehmer am Ort (Manke, MANU-BAU) und zahlreiche weitere "Prominente" regelmäßige TeilnehmerInnen am Heldengedenken sind, erstaunt nicht, betrachtet man die Nachkriegsgeschichte des Ortes, in dem - wie in so vielen Orten der Republik - eine tatsächliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus nie stattgefunden hat. Schon in den 50`er Jahren saßen hier so ziemlich alle alten NS-Kader oder ihre Angehörigen in Amt und Würden und bestimmten die Geschicke der Gemeinde, aus dieser Zeit ist von alten Sozialdemokraten bekannt, daß sie wieder von ihren alten und neuen Peinigern eingeschüchtert und ausgegrenzt wurden. Ein weiteres Jahrzehnt später war es dann auch wieder möglich, Tacheles zu reden : 1968 wurde eine Straße im Ortsteil Henstedt noch zu dessen Lebzeiten nach NS-Bürgermeister Petersen benannt, mit der Erklärung, "Heinrich Petersen, Bürgermeister in Ulzburg von 1933 - 1945", offiziell freilich für seine Verdienste um die flüchtende und ausgebombte Hamburger Bevölkerung in den letzten Kriegsjahren. Im Ortsteil Rhen gibt es zudem den "Krumpeterweg", Emil Krumpeter hatte sich als Henstedter Amtsvorsteher 1920 aktiv am Kapp-Putsch und der Entwaffnung von republiktreuen Sozialdemokraten beteiligt. Seine Familie überließ NS-Bürgermeister Petersen das bis dato familieneigene Beckersberggelände zum Bau der NS-Anlagen. So schließt sich der Kreis.

Als die heutigen Ortsteile der Großgemeinde schließlich vor etwa 25 Jahren zum heutigen Henstedt-Ulzburg zusammengeschlossen wurden, übernahm der NS-Veteran *Heinz Glück* das Bürgermeisteramt, der einmal volltrunken gegenüber Zeugen die SS-Zeit als "die glücklichste in seinem Leben" bezeichnete. Was das für die neuere Geschichte bedeutet, konnten die TeilnehmerInnen einer Anti-NPD-Demonstration - unter ihnen die Spitzen der örtlichen SPD und des DGB - 1986 erleben, als Glück höchstpersönlich die Nutzung eines gemeindeeigenen Stromanschlusses untersagte und die DemonstrantInnen als "Versammlung von Chaoten", die NPD hingegen als "demokratische Partei" bezeichnete. Wenige Monate später konnte die zunächst untersagte NPD-Veranstaltung dann auf maßgebliche Initiative Glücks hin, doch über die Bühne des Bürgerhauses gehen, wobei der Bürgermeister es nicht für nötig hielt, die anderen Parteien über die Raumvergabe zu informieren. Solch ruhmreiche Handlungen mussten es dem jetzigen Bürgermeister Dornquast und seinem Anhang anscheinend wert gewesen sein, Heinz Glück in besonderer Weise zu ehren. Bis heute ist er - noch quicklebendig - der einzige Ehrenbürger des Ortes. Dabei treibt die Verehrung des Ex-Bürgermeisters bisweilen obskure Blüten, kam namhaften "Christdemokraten" doch vor kurzem die Idee, dem Rathaus-Neubau den unsäglichen Namen "Glück`s-Haus"zu geben.

Also: Auch in den neunziger Jahren war und ist der reaktionäre Spuk in Henstedt-Ulzburg noch nicht vorüber. Vom "Heldengedenken", der jahrelangen Weigerung der Gemeinde, eine Gleichstellungsbeauftragte einzustellen, Handgreiflichkeiten des Bürgermeisters gegen junge AntifaschistInnen und die durch selbigen persönlich durchgeführte "Räumung" einer angemeldeten Antifaveranstaltung anno 1991 einmal abgesehen, war die Gemeinde unter Bürgermeister Volker Dornquast bundesweit eine der ersten,

die die Zwangsarbeit von Flüchtlingen für 1,50 DM pro Stunde durchsetzte. Der Bürgermeister selbst lädt einmal im Jahr Absolventen der Blankenesener Bundeswehr-Führungsakademie - unter ihnen traditionell zahlreiche hohe Militärs diktatorischer Regime - in den Ort, um ihnen dort eine Nachhilfestunde in "kommunaler Selbstverwaltung" zu erteilen, während der Senior Chef von "MANU-BAU" und namhaftes CDU-Mitglied *Heinz Manke* unter dem Appell "Kamerad, ich rufe Dich" zum "Treffen der Kameraden der Traditionsgemeinschaft A.R. 161" ins Henstedt-Ulzburger Hotel "Wiking" ruft und das im "Ostpreußenblatt" kundtut.

Gegen den Geschichtsrevisionismus...

...hat sich mittlerweile ein Bündnis linker Gruppen gebildet, das ab Mitte Oktober mit einer Kampagne gegen das Henstedt-Ulzburger Heldengedenken und den reaktionären Sumpf in der Gemeinde vorgehen will. Unter dem Motto "Gegen die Verdrehung der Geschichte, keine Ehrung von NS-Tätern in Ulzburg und anderswo!" beteiligen sich daran bislang die örtlichen und kreisweiten Strukturen der JUSOS, der Ulzburger Ortsverband der Sozialistischen Jugend Deutschlands-Die Falken, das Soziale Zentrum Norderstedt, die Norderstedter Gruppe des Vereins der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), die Antifaschistische Gruppe Hamburg (AGH) und die Gruppe AntifaschistInnen Norderstedt (GANO).

Im Rahmen der Kampagne sollen - eingebettet in Veranstaltungen zu den Verbrechen der Wehrmacht und zur regionalen Geschichte - einerseits die reaktionären Strukturen der Gemeinde offengelegt und angeprangert, speziell aber das "Heldengedenken" am Volkstrauertag empfindlich gestört werden. Zu diesem Zweck zeigt das Soziale Zentrum Norderstedt Anfang November in Zusammenarbeit mit den BetreiberInnen den Film "Als Soldaten Mörder wurden" im Norderstedter Kino "Palette". Der Dokumentarfilm vom Historiker der Wehrmachtsaustellung - *Hannes Heer* - beschreibt den Vernichtungskrieg der Wehrmacht in Weißrußland von 1941-1944. Vor dem Film wird es dabei zahlreiche Informationen zur Kampagne und zur regionalen Geschichte geben. Dieselbe Veranstaltung soll entweder kurz vor- oder nach dem Norderstedter Termin auch im Henstedt-Ulzburger Bürgerhaus laufen. Zudem planen die Ulzburger JUSOS eine Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der Bürgerlichen Parteien und des Bündisses. Das Zustandekommen einer weiteren Veranstaltung zum Thema "Zwangsarbeiter in der Region während der NS-Herrschaft" mit einem lokalen Historiker ist noch unklar.

Die Kampagne wird dann am Volkstrauertag mit Protestaktionen in Henstedt-Ulzburg vorläufig enden. Dabei werden sich sowohl ein Trauermarsch für "die Opfer des Nationalsozialismus", als auch eine Antifaschistische Demonstration in Richtung des Bekkersberggeländes bewegen. Dabei befürchtet das Bündnis im übrigen auch Auseinandersetzungen mit den örtlichen Neonazis, die in den vergangenen Monaten gleich mehrfach maßgeblich an der Organisation von Nazi-Aufmärschen beteiligt waren, beispielsweise am 24. Mai, als fast 300 Faschisten in Bad Segeberg marschierten.

Vor wenigen Tagen trat das Antifaschistische Bündnis erstmals mit einer dreiseitigen Presseerklärung an die Öffentlichkeit, in der die Umbenennung des Krumpeterweges und insbesondere der Heinrich-Petersen-Straße gefordert wurde. Schon vor einigen Jahren war dies nach einem Antrag der Henstedt-Ulzburger SPD-Fraktion am Widerstand von CDU und FDP gescheitert.



"Kein Mensch ist illegal"

Die Initiative "Kein Mensch ist illegal" ist eine Initiative des Bundesweiten Koordinationstreffens antirassistischer Gruppen. Am 29.6.97 wurde der Aufruf der Initiative im Rahmen einer Pressekonferenz auf der documenta X in Kassel der Öffentlickeit vorgestellt. Der Blick nach Frankreich auf die Bewegung der "Sans"(sans papiers, sans logis. sans travail ... ohne Papiere, ohne Wohnung, ohne Arbeit)deren beeindrukkendster Teil die Organisierung der sans papiers ist, war ein Anstoß für den Start einer politischen Initiative.

Illegalisierung von Menschen erweist sich als die effektivste Form sozialer Entrechtung im Kontext aktueller Deregulierungsprozesse. Ein System der Hierarchisierung von Rechten, das sich in einer Sondergesetzgebung für MigrantInnen und dem vom Aufenthaltstitel abhängigen Zugang zu Rechten (Zugang zum Arbeitsmarkt, zu sozialen Leistungen, Gesundheitsversorgung, Ausbildung, Wahlrecht,..) ausdrückt, findet hier in der Verweigerung von jeglichen Rechten seine Zuspitzung. Der Verweigerung von Rechten soll die Forderung nach einem Recht auf Rechte entgegengestellt werden.

Illegalität wird produziert

MigrantInnen in entrechtetem, ungesichertem oder illegalisiertem Status gehören in allen Ländern Westeuropas zur gesellschaftlichen Realität. Mit der Abschottung Europas nach außen wurden die Asyl- und Ausländergesetze weiter veschärft.

Menschen werden systematisch zu Illegalen gemacht:

-Den meisten Nicht-EU-MigrantInnen und Flüchtlingen wird die legale Einreise in die BRD verweigert (Drittstaatenregelung, rechtsfreie Zone auf Flughäfen); kommen sie dennoch über die Grenzen, gelten sie als illegal.

-Asylanträge werden zu 80-90% abgelehnt (auf Ablehnung orentierte Verfahren, Nichtanerkennung von Fluchtgründen...); wenn sich die Betroffenen der Abschiebung entziehen, werden sie zu Illegalen.

-Erteilte Visa und Aufenthatlstitel sind an einen definierten Zweck und eine festgelegte Dauer gebunden. Überschreiten Nicht-EU StudentInnen ihre Studienzeiten, lassen sich MigrantInnen von deutschen EhepartnerInnen scheiden oder werden "SaisonarbeiterInnen" auf dem legalen Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht, werden sie zu Illegalen.

"Kein Mensch ist illegal" will

-zur politischen und praktischen Unterstützung illegalisierter MigrantInnen aufrufen

-diese Unterstützung aktiv organisieren

-in die politische Debatte über Illegalität eingreifen

-Gruppen, die bereits Unterstützungsarbeit leisten, wie z.B. Kirchenasyl, Zufluchtsprojekte, in der Flüchtlingsunterstützung Aktive und antirassistische Gruppen besser vernetzen

-interessierten Gruppen und Einzelpersonen ein Forum für Mitarbeit bieten

Kontakt:
Initiative "Kein Mensch ist illegal"
c/o FFM
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel.: 0172/8910825 (D 18-21 Uhr, sonst AB)
Fax 0561/713458 (BARI Kassel)
e-mail: grenze @ibu.de [über die grenze] München

Unerwünschte Gäste loswerden
EU beschließt Auslieferungskonvention

Der Frage einer möglichst problemlosen - weil wenig öffentlichkeitswirksamen - Auslieferung insbesondere politscher StraftäterInnen, kommt im Rahmen der "Terrorismus"-Bekämpfung der EU seit über 20 Jahren eine herausragende Bedeutung zu. Bislang galt das 1977 beschlossene "Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus" hier als Meilenstein.[1]. Trotzdem kam es immer wieder zu Reibereien zwischen den Westeuropäischen Staaten bei der Überstellung von politschen StraftäterInnen.

Unmittelbar nach der Unterzeichung des Schengener Übereinkommens (in dem die Frage der vereinfachten Auslieferung nur gestreift worden war) verständigten sich die zuständigen Innen- und Justizminister der EU darauf, nunmehr ein für alle Mal klar Schiff in dieser strittigen Frage zu machen. Nach dreijährigen intensiven und teilweise kontroversen Verhandlungen beschloss die EU am 26. Juni 1996 das fertige Produkt, das "Abkommen über die Auslieferung zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union"[2].

§ 129a auslieferungsfähig machen

Herzstück des jetzigen Auslieferungsabkommens ist die weitere Einschränkung der Auslieferungsausnahme für politische StraftäterInnen.

Bereits das Europäische Terrorismus-Übereinkommen 1977 hatte die bis dahin völkerrechtlich übliche Praxis der Privilegierung politischer StraftäterInnen fast vollständig ausgehöhlt. Dabei konnte oder wollte das Übereinkommen den Begriff des Terrorismus nicht definieren, obwohl es ihn in seinem Namen trägt. Die vom Terrorismus-Übereinkommen versuchte Begriffseingrenzung erwies sich, im Gegenteil, als ahistorisch und undifferenziert[3].

In einem Punkt war der Bundesregierung damals kein Erfolg beschieden. Der alleinige Vorwurf der Zugehörigkeit zu einer "Terroristischen Vereinigung" blieb auch nach 1977 ein nicht-auslieferungsfähiges Delikt. "Terroristen" wurden deswegen oftmals nur wegen Begleitdelikten (Mord, Bankraub etc.), nicht aber als Mitglieder bzw. Unterstützer einer "Terroristischen Vereinigung" überstellt.

Diese von der Bundesregierung stets beklagte Regelungslücke soll nun mit dem Bruch völkerrechtlichen Gewohnheitsrechtes erreicht werden: Der Aufgabe des Prinzips der gegenseitigen Strafbarkeit. Die Rechtsordnung eines um Auslieferung ersuchten Staates muß die vermeintlichen "Terroristen" zur Last gelegten Straftatbestände ("Verabredung zu einer Straftat" oder "Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung") nicht mehr kennen. Ein Auslieferungsersuchen kann künftig nämlich dann nicht mehr abgelehnt werden, wenn die zu überstellende Person mit dem Ziel handelte, strafbare Handlungen im Sinne des Terrorismus-Übereinkommens (oder im schillernden Bereich der sog. "Organisierten Kriminalität") zu begehen. Damit ist das Prinzip einer uneingeschränkten Auslieferung von "Terroristen" innerhalb der EU im Sinne der deutschen Staatsschutzlogik festgeschrieben worden: Es kommt allein auf die Gesinnung, allein auf das Wollen einer Person an. Das Eintreten eines "Erfolgs" der kriminellen "terroristischen" Tat ist nicht erforderlich.

Das Auslieferungsabkommen 1996 sieht hierfür zwar eine Ausnahmeregelung vor. Diese wird jedoch gleich wieder auf einen Kernbereich zurechtgestutzt, auf den die EU-Staaten zu verzichten nicht bereit sind: Unbedingt auslieferungsfähig soll das Verhalten einer Person sein, welches zu der Begehung einer "terroristischen" Straftat bzw. eines OK-Deliktes beiträgt. Hierbei kann auf eine ausführende Handlung der auszuliefernden Person verzichtet werden. Es reicht die Kenntnis bezüglich "des Ziels und der allgemeinen kriminellen Tätigkeit der Gruppe" aus.

Der Wirkungsbereich der deutschen "Terrorismus"-Gesetzgebung wird damit faktisch auf die anderen EU-Staaten ausgedehnt: Die in dem jetzigen Abkommen "umschriebenen Verhaltensweisen" - so ein sichtlich zufriedener Bundesjustizminister - "decken sich mit denjenigen der §§ 129, 129 a und der hierzu ergangenen Rechtsprechung "[4]

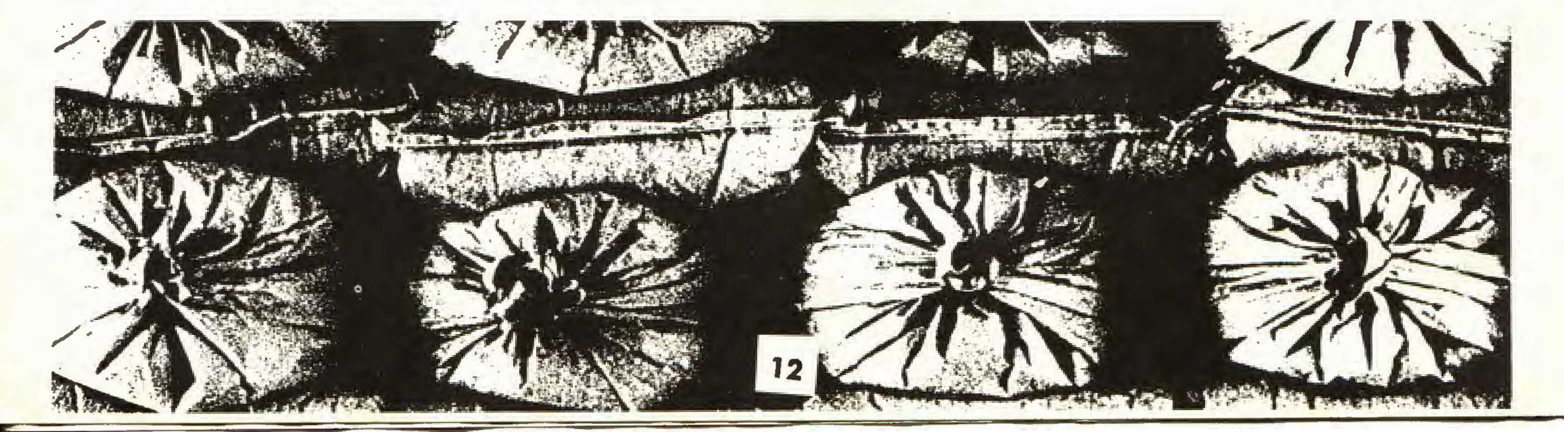
Ohne politische Delikte - auch keine politische Verfolgung

Anders als bei dem obigen Eiertanz heißt es in Art. 5 des Auslieferungs-Übereinkommens schlicht: "Keine strafbare Handlung wird als eine auf politischen Beweggründen beruhende strafbare Handlung angesehen." Auf unsere kleine Anfrage, welche Geltungskraft das älteste international anerkannte Rechtsinstitut im Auslieferungsverkehr, die Auslieferungsausnahme für politische Delikte[5] nach Inkrafttreten des Abkommens aus dem Jahr 1996 noch haben wird, antwortete die Bundesregierung lapidar: "Keine"[6]

Früher gaben sich RichterInnen in Auslieferungsverfahren oftmals Mühe "terroristische" Straftaten deswegen für unpolitisch und für auslieferungsfähig zu erklären, weil diese zu einem Zeitpunkt erfolgten, der als nicht-umstürzlerisch angesehen wurde, weil die Straftat in keinem vertretbaren Verhältnis zu dem angestrebten politischen Ziel stand bzw. als zur Erreichung dieses Zieles ungeeignet erschien. Andere Richter wiederum hoben darauf ab, ob es sich bei den Opfern eines Attentats z.B. um Soldaten oder um Zivilisten handelte. All dieser Schnickschnack wird fortan überflüssig. Denn, innerhalb der EU gibt es keine politischen Delikte mehr - Punkt aus.

Die EU zeigt sich nicht einmal mehr willens die klassischen politischen Delikte, wie Spionage, Landes- und Hochverrat als solche anzuerkennen - ebensowenig simple Meinungsäußerungsdelikte[7].

Die Bundesregierung hat dies in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bündnissgrünen Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer auch in dankenswerter Offenheit ausgeführt: "Nach Überzeugung der Bundesregierung besteht in der EU der



Demokratien und Rechtsstaaten kein Bedürfniss, insb. Straftaten gegen die politische Ordnung und die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als sog. politische Straftaten zu privilegieren und den Täter vor der Strafgverfolgung zu schützen."[8].
Hier wird die ideologische Dimension der Debatte um die Auslieferungsfähigkeit politischer Delikte mehr als deutlich: Die Demokratien und Rechtsstaaten der EU begreifen sich als faktischen Endpunkt der Menschheitsgeschichte, gegen den es keinen legitimen Widerstand ausserhalb der bestehenden Rechtsordnung mehr gibt. Die Erfahrungen der bürgerlichen Revolution, die doch mit massiven Verstößen gegen das damals bestehende Recht, mit Attentaten, Aufständen, Mord und Totschlag verbunden waren - und deren Akteure als Helden gefeiert werden - all dies soll in Vergessenheit geraten. Militanter Widerstand soll nur noch als illegitim und irrational angesehen und dessen Kriminalisierung somit nicht mehr als politische Verfolgung erkannt werden können.

Keine Nachfragen, bitte !

Die vom Europäischen Auslieferungsabkommen von 1957 noch vorgeschriebene Prüfung, ob ein Auslieferungsersuchen lediglich gestellt worden ist, um die zu überstellende Person aus rassischen, religiösen oder aufgrund der Nationalität, bzw. der politischen Anschauungen zu verfolgen- auf diese Nachforschungen legten insb. die britische,





die belgische, die italienische - und natürlich die Bundesregierung keinen Wert.
Der Generalbundesanwalt Kai Nehm hat sich auf dem deutschen Richtertag 1995 langatmig über die "grenzüberschreitende Strafverfolgung bei extremistischen Straftaten" geäußert[9]. Darin beschwert sich Nehm u.a. über die Gründlichkeit, mit der im Ausland zum Teil über deutsche Auslieferungsersuchen verhandelt wird - das z.B. im Falle des in britischer Auslieferungshaft sitzenden kurdischen Politikers, Kani Yilmaz, dessen "deutscher Verteidiger sozusagen als 'Experte des deutschen Unrechts' Gelegenheit gegeben wurde, dem Auslieferungsgericht ausführlich die der beantragten Maßnahme entgegenstehende bundesdeutsche Justizpraxis zu unterbreiten".
Auch die menschenrechtlichen Zustände des ersuchenden Landes sollen in Auslieferungsverfahren besser nicht alzu eingehend untersucht werden. Nehm:" Zwar gibt es auch im europäischen Haus Mißstände, die Zweifel an der ernsthaften Durchsetzung des europäischen Menschenrechtsstandards erwecken. In diesen wenigen Ausnahmefällen dürfte es prophylaktisch [also zur Vorbeugung Anm.U.J.] sinnvoller sein (...) den ersuchenden Staat ohne konkreten Anlaß [nicht] an den Menschenrechtspranger zu stellen".
"Unerwünschte Gäste" möchte der oberste deutsche Ankläger "schnellstmöglichst und ohne Rücksicht auf hemmende Formalitäten loswerden". Und der Verteidigung soll offenkundig das Recht abspenstig gemacht werden, auf rechtsstaatliche Bedenken in dem um Auslieferung ersuchenden Staat auch nur hinzuweisen.
Offenkundig können es die Glanzpunkte der menschlichen Entwicklung - "die Demokratien und Rechtsstaaten der EU" - nicht ertragen, kritische Stimmen auch nur gerichtlich anzuhören.

Ulla Jelpke/ Mark Holzberger, aus "Tatort Europa - Asyl und innere Sicherheit in der EU", 1997

[1] In Art. 1 und 2 werden lediglich Deliktgruppen aufgezählt, die fortan nicht mehr als politische Straftat von Auslieferungen ausgenommen werden dürfen: Flugzeugentführungen, Angriffe gegen Diplomaten, Geiselnahme, Bomben-, Briefbomben-, MP- oder Raketenanschläge, schwere Gewalttaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit einer Person sowie gemeingefährliche Straftat gegen Sachen. Das Übereinkommen war in Irland und Malta über Jahre heftig umstritten: Frankreich und Italien unterzeichneten es erst Mitte/Ende der 80er Jahre. Schweden, Norwegen und Portugal hinterlegten Vorbehaltserklärungen.

[2] Amtsblatt der EU 23.10.96, Nr. C 313/11

[3] vgl. hierzu ausführlich: Rote Hilfe, "Terroristen fliegen raus", 1994

[4] BT-Drs. 13/ 6676

[5] vgl. Art. 3 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens, 1957

[6] BT-Drs. 13/ 6676

[7] Im Verlauf der langwierigen Verhandlungen um das jetzige Auslieferungsabkommen zeigte sich, daß es sich bei der Abschaffung des politischen Delikts um einen besonders heiklen Punkt handelt. Deswegen wurde hierzu eine Ausnahmeregelung geschaffen - allerdings wurde erneut eine Ausnahme von der Ausnahme konstruiert. Auch hier bleibt ein Kernbereich erhalten, demgemäß "terroristische" Aktionen, sowie zu solchen Aktivitäten "beitragende Handlungen" auf jeden Fall auslieferungsfähig bleiben. Griechenland hat bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen von dieser Ausnahmeregelung Gebrauch gemacht: Ausländer, die "wegen ihres Einsatzes für die Freiheit verfolgt werden", werden nicht ausgeliefert. Zudem werden sog. "gemischte strafbare Handlungen" (also politische Delikte, bei deren Umsetzung auch nichtpolitische Straftaten verübt werden) von Griechenland auch künftig als politisch motivierte Handlungen angesehen und bleiben damit nichtauslieferungsfähig.

[8] BT-Drs. 13/ 3586

[9] abgedruckt in: Deutsche Richterzeitung 2/96



Rote Flora im Oktober[1]

Mittwoch, den 1.10., 21.00 Uhr : Die dritte „Reunion Latina" - Musik, Tanz und Theater
Die offene Formation „Bohemia Cha" trifft sich wieder in der Roten Flora und spielt Salsa, Cha Cha und Mambo-Rythmen. Ab 24.00 Uhr offene Bühne für Alle, die mitspielen, mitsingen und tanzen möchten. PercussionistInnen, die mitspielen wollen, sollten vor allem die kubanishen Rythmen wie Cha Cha, Mambo, Son Montuno, Gurachas und Boleros üben.

Freitag, den 3.10., 22.00 Uhr : Drum & Bass im Keller

4.10./ Samstag, Rootsman

5.10./ Sonntag, 20.00 Uhr : Figurentheater Tübingen spielt das Stück "speck - augenblicke aus dem Leben der fleischverkäuferin doris h."
Ein Spiel zwischen Clowntheater, Figurenspiel und Fleischtheke.

9.10./ Donnerstag : High Gainyard

10.10./ Freitag, 23.00 Uhr: 3 Turntables
2 DJ's mischen ihren Sound gleichzeitig an 3 Turntables.

11.10./ Samstag, 22.00 Uhr : Konzert mit Vick Bennett und Matt Ward
Vick Bennett und Matt Ward sind DJ's aus England, die Experimentelles präsentieren werden

12.10./ Sonntag, 21.00 Uhr : Klub der kulturell Verunsicherten
Techno-House diesmal ab retro 21.00 Uhr

15.10./ Mittwoch : Teatro Latino de Hamburgo präsentiert die Performance „Nimm die Zeit für einen Latino Kalender"
Eine Performance über Technologie, Kriminalisierung, Emigration, Rassismus, Sehnsucht und Liebe in die auch das Publikum mit einbezogen wird. Einlass ab 19.30 Uhr

16.10./ Donnerstag : Vollmondorchester

17.10./ Freitag : EZLN-Soli-Konzert und Info-Veranstaltung, anschließend Party
Es spielen die Bands Les Robespierre + NN. Danach legt Claudia Gonzales Platten auf.

18.10./ Samstag : „20 Jahre Deutscher Herbst"

19.10./ Sonntag : Soli-Punkkonzert für Antifa-Wasserkante
Soli-Konzert für beschlagnahmtes Equipment mit Panzerkreuzer Polpotkin, Heimatglück, Guinea Pig

23.10./ Donnerstag : Veranstaltungsreihe zum deutschen Herbst

24.10./ Freitag, 22.00 Uhr : Crucial Vibes meets Irie Daughter
Crucial Vibes präsentiert das female Soundsystem Irie Daughter aus Bielefeld. Strictly Dancehall Sound, Boomsession

25.10./ Samstag, 22.00 Uhr : Konzert Arbeitskreis Popularmusik. Als Vorband spielt Exec - Q auf.
Aus dem Band Info „Hintergrundrauschen der Postmoderne": *„Die musikalische Basis bildet stets Rock mit deutlichen Einflüssen von Punk und Independent...Die Texte sind deutschsprachig und versuchen Kulturkritik - ohne die egozentrierte Gymnasiastenlyrik der 'Hamburger Schule' - in Gesellschaftskritik - ohne die identitätsversichernden Losungen des Politpunks - zu wandeln."*

30.10./ Donnerstag : Veranstaltungsreihe zum deutschen Herbst

31.10./ Freitag, 22.00 Uhr : Soli-Konzert für das wichtigste Anarchozentrum HH's, dem LIZ und „face it" mit Nuff Polker, Ulme, Risty Jones

1.11./ Samstag, : Schwul-Lesbische Party

[1] Soweit nicht anders angegeben, beginnen alle Veranstaltungen um 21.00 Uhr.

nadir
infoSystem

nadir bietet ***eMail*** und ***newsgroups***-zugang
für billige, schnelle und sichere Kommunkation + Vernetzung
+ betreibt im ***internet*** ein ***informationssystem*** zu ***linker politik*** und ***sozialen bewegungen***
mit den bekannten Vorteilen, z.B.: Schnelligkeit, ständige + weltweite Erreichbarkeit, per Suchmaschine einfach zu finden + zu durchsuchen, billig im Gebrauch ...

AKTUELLe *Meldungen und Hintergründe*
z.B. von *AntiFa*-Mobilisierungen, der Botschaftsbesetzung in *Peru*, vom *Lübecker* Brandanschlags-Prozess, vom *Castor*-Transport ...

PERIODIKA *Elektronische Kopien linker Zeitschriften*
Zeck, Angehörigen-Info, Rote Hilfe Zeitung, radikale Zeiten, GegenDruck

ARCHIV *linker Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart*
Die Archivierung und Ordnung aller Materialien, die für die weitere Entwicklung emanzipativer Politik von Belang sind ... ist noch nicht abgeschlossen.

INITIATIV *Selbstdarstellungen und Informationen*
von Gruppen und Projekten, die nadir unterstützen und/oder daran mitarbeiten

NETZ *Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im Internet und anderen Computer-Netzwerken*
Eine Vielzahl von Informations- und Kommunikationsmitteln macht noch kein Netz. Sie müssen auch gegenseitig bekannt und zugänglich sein und sich aufeinander beziehen.

http://www.nadir.org/

KONTAKT

nadir-Café	*jeden 1. Mittwoch im Monat in der B5*
World Wide Web	*http://www.nadir.org/*
eMail	*nadir@mail.nadir.org*
Post	*Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg*
fon	*040 / 431 89 037, mittwochs 19⁰⁰ - 21⁰⁰*
fax	*040 / 431 89 038*

Unsere Konto-Nummer für die allzeit willkommenen Spenden: Postbank HH, BLZ 200 100 20, Kto-Nr. 797 157 207



cross the border
über die grenze

telephones are cellular, computers
die telefone sind mobil, die computer
are portable and the quickly moving
tragbar und die datenströme
bytes are invisible. the easier money and goods flow across the territories
schnell und unsichtbar. doch je müheloser die geld- und warenströme die
of nations, the more western europe and united states close their doors to
nationalstaatlichen territorien durchqueren, desto mehr schotten sich die reichen metropolen
migration. "we don't want you, we only want to take everything you've
gegen die weltweiten migrationsbewegungen ab. „wir nehmen euch alles",
got!". this could be a description of the interrelations of postcolonial
so muß das postkoloniale ausbeutungsverhältnis umschrieben werden.
exploitation. people who try to enter the so called first world - as
menschen, die versuchen, sich in sicherheit zu bringen - sei es
refugees in order to escape prosecution or simply looking for some luck -
auf der flucht vor verfolgung oder einfach auf der suche nach glück -
are forced into illegality. One of the central political struggles is to
politische herausforderung der nächsten zeit ist es, das herrschende
combat the hegemony of borders and the regime of migration, to support migrants and
grenz- und migrationsregime praktisch und politisch anzugreifen und flüchtlinge
refugees, documented or undocumented, in their fights for the right to
mit und ohne papiere zu unterstützen in den kämpfen um das recht
live, where they like and how they like.
zu leben, wo sie wollen und wie sie wollen.
because no one is illegal
denn kein mensch ist illegal.

http://www.contrast.org/borders